

Erhebungsbogen zum P-Konto mit Informationen für die Ratsuchenden und zur Verfahrensdokumentation

Für mein als Pfändungsschutzkonto geführtes oder zu führendes Konto benötige ich eine Erhöhung des Grundfreibetrages. Ich bitte Sie, mir anhand nachfolgender Angaben und Belege eine entsprechende Bescheinigung zur Erhöhung des Freibetrages auszustellen.

KontoinhaberIn: Name, Vorname, Anschrift, Geburtsdatum:

Geburtsdatum:	
Bank, IBAN: _____	

Zum jetzigen Zeitpunkt gewähre ich folgenden Personen Unterhalt oder nehme Leistungen entgegen:

#	Name, Vorname, Geburtsdatum	Verwandtschafts- verhältnis, wohnt mit mir im selben Haushalt	Art und Höhe des geleisteten Unterhalts bzw. der entgegen- genommenen Leistungen	Ich erhalte für diese Person kindbezogene Leistungen (z.B. Kindergeld)
1		ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Naturalunterhalt <input type="checkbox"/> SGBII, SGBXII, AsylbLG <input type="checkbox"/> Barunterhalt In Höhe von _____ €	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja und zwar _____ € / Monat
2		ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Naturalunterhalt <input type="checkbox"/> SGBII, SGBXII, AsylbLG <input type="checkbox"/> Barunterhalt In Höhe von _____ €	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja und zwar _____ € / Monat
3		ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Naturalunterhalt <input type="checkbox"/> SGBII, SGBXII, AsylbLG <input type="checkbox"/> Barunterhalt In Höhe von _____ €	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja und zwar _____ € / Monat
4		ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Naturalunterhalt <input type="checkbox"/> SGBII, SGBXII, AsylbLG <input type="checkbox"/> Barunterhalt In Höhe von _____ €	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja und zwar _____ € / Monat
5		ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> Naturalunterhalt <input type="checkbox"/> SGBII, SGBXII, AsylbLG <input type="checkbox"/> Barunterhalt In Höhe von _____ €	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja und zwar _____ € / Monat

Ich erwarte die **Zahlung einer einmaligen Sozialleistung** (z.B. Kosten von Klassenfahrten, Erstausrüstung bei Haftentlassung, Darlehen / Beihilfen nach SGBII oder SGBXII) oder eine Zahlung der Stiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens in Höhe von _____ €

Ich erwarte eine **Nachzahlung laufender Geldleistungen nach dem SGBII, SGBXII, AsylbLG, Kindergeld** in Höhe von _____ €

Ich erwarte eine **Nachzahlung sonstiger laufender Geldleistungen nach dem SGB (z.B. Arbeitslosengeld, Krankengeld) oder Arbeitseinkommen bis 500,- €** in Höhe von _____ €

Ich selbst erhalte **andere, unpfändbare Geldleistungen nach landes- oder bundesrechtlichen Bestimmungen** (z.B. Bayerisches Blindengeld, Thüringer Sinnesbehindertengeld in Höhe von: _____ €

Ich selbst erhalte Leistungen, die einen durch **Körper- oder Gesundheitsschaden bedingten Mehraufwand** ausgleichen (z.B. Pflegegeld für selbst beschaffte Pflegehilfen in Höhe von: _____ €

Ich lege hierzu folgende Belege vor:

Nachweis für Unterhaltspflicht gegenüber:	Nachweis durch folgende Unterlagen:
Zusammenlebende EhepartnerIn / eingetragene LebenspartnerIn	<input type="checkbox"/> Heiratsurkunde <input type="checkbox"/> Nachweis des gemeinsamen Wohnsitzes, z.B. Ausweise
Getrenntlebende EhepartnerIn / eingetragene LebenspartnerIn	<input type="checkbox"/> Heiratsurkunde <input type="checkbox"/> Nachweis der Zahlung von Unterhalt aus den letzten 6 Monaten, z.B. Überweisungsbelege, Quittungen oder Kontoauszüge
Geschiedene/r PartnerIn	<input type="checkbox"/> Scheidungsurteil oder sonstiger Unterhaltstitel <input type="checkbox"/> Nachweis der Zahlung von Unterhalt aus den letzten 6 Monaten, z.B. Überweisungsbelege, Quittungen oder Kontoauszüge
leiblichen Kindern im eigenen Haushalt	<input type="checkbox"/> Geburtsurkunde / Vaterschaftsanerkennung <input type="checkbox"/> Nachweis des gemeinsamen Wohnsitzes durch (erweiterte) Meldebescheinigung, Personalausweis, Schulunterlagen oder Immatrikulationsbescheinigung
leiblichen minderjährigen Kindern außerhalb des Haushalts	<input type="checkbox"/> Geburtsurkunde / Vaterschaftsanerkennung <input type="checkbox"/> Nachweis der Zahlung von Unterhalt aus den letzten 6 Monaten , z.B. Überweisungsbelege, Quittungen oder Kontoauszüge
leiblichen volljährigen Kindern außerhalb des Haushalts	<input type="checkbox"/> Geburtsurkunde / Vaterschaftsanerkennung <input type="checkbox"/> Nachweis, dass sich das Kind noch in der Ausbildung befindet (z.B. BAföG – Bescheid) <input type="checkbox"/> Nachweis der Zahlung von Unterhalt aus den letzten 6 Monaten , z.B. Überweisungsbelege, Quittungen oder Kontoauszüge
Nachweis für folgende Leistungen durch Bewilligungsbescheide und / oder Kontoauszüge:	
<input type="checkbox"/> Kindergeld	<input type="checkbox"/> sonstige Leistungen für Kinder (z.B. Kinderzuschlag)
<input type="checkbox"/> Mehraufwand für Ausgleich von Körper- oder Gesundheitsschaden	<input type="checkbox"/> SGBII oder XII – Leistungen (für _____ Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft)
<input type="checkbox"/> Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	<input type="checkbox"/> Eingang einmaliger Sozialleistungen (sofern noch nicht bewilligt: Antrag)
<input type="checkbox"/> Nachzahlungen (SGB oder Arbeitgeber)	<input type="checkbox"/> Unpfändbare Leistungen nach landes- oder bundesrechtlichen Bestimmungen

Ich bin darüber aufgeklärt worden, dass aufgrund gesetzlicher Vorgaben

- pro Person nur ein Pfändungsschutzkonto geführt werden darf
- kein Rechtsanspruch auf die Ausstellung einer Bescheinigung besteht
- von der Beratungsstelle nur zweifelsfrei nachgewiesene Sachverhalte bescheinigt werden können. Die Haftung der Beratungsstelle beschränkt sich daher bei Unrichtigkeit auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.
- in Einzelfällen nicht der volle Aufstockungsbetrag bescheinigt werden kann. In diesen Fällen kann die Freigabe nur durch das Vollstreckungsgericht – oder bei öffentlichen Gläubigern (z.B. Finanzamt) durch die Stelle, die die Pfändungsverfügung erlassen hat – erfolgen.
- die bewusste Vorlage einer falschen Bescheinigung bei der Bank strafrechtliche Konsequenzen und den Verlust des Pfändungsschutzes nach sich ziehen kann.

Ich willige ein in die Erhebung, Verarbeitung und Speicherung meiner Daten. Ich willige ein in die zur Freigabe von erhöhten Beträgen auf dem P-Konto erforderliche Weitergabe der von mir angegebenen Daten. Ich versichere, alle Angaben wahrheitsgemäß nach bestem Wissen gemacht zu haben.

Limburg, _____
Datum, Unterschrift



Aufklärung vor Beantragung einer Bescheinigung für das P-Konto

Name, Vorname _____

Geburtsdatum: _____

Ich habe eine Bescheinigung gem. §902 ff ZPO bei der Schuldnerberatungsstelle für mein

Konto Nr. / IBAN _____

bei der _____ (Bankleitzahl, Bank) beantragt.

Ich habe die Angaben geprüft und für richtig erklärt.

Ich wurde darüber informiert, dass

1. die Beratungsstelle mir nur zweifelsfrei nachgewiesene Sachverhalte bescheinigen kann.
2. fehlende Unterhaltspflichten zu einem geringeren Freibetrag auf der Bescheinigung führen. Ich habe deshalb alle Personen angegeben, denen ich Unterhalt leiste oder verpflichtet bin, Unterhalt zu leisten. Falls Kindergeld auf mein P-Konto geht, habe ich dies mitgeteilt und nachgewiesen.
3. ich beim Vollstreckungsgericht / vollstreckende Behörde Anträge gem. §905 ZPO stellen kann. Dies empfiehlt sich bei einmaligem oder dauerhaftem Einkommen über der Pfändungsgrenze.
4. es theoretisch dazu kommen kann, dass in einzelnen Monaten mein Einkommen trotz Unpfändbarkeit den bescheinigten Freibetrag übersteigt. Dies wird insbesondere dann der Fall sein, wenn ich zusätzlich zu meinen laufenden Leistungen noch Nachzahlungen oder einmalige Zahlungen bekomme. Bei Einmalzahlungen sollte der Leistungsnachweis für die Bank ausreichen. Sollte die Bank die Auszahlung verweigern weiß ich, dass ich mich an die Schuldnerberatungsstelle wenden kann.
5. ich (nach §907 ZPO) bei überwiegend unpfändbarem Einkommen die Anordnung künftiger Unpfändbarkeit für mein Konto beim Amtsgericht beantragen kann. Diese Kontofreigabe gilt max. für 12 Monate und kann bei Bedarf danach erneut beantragt werden. Während dieser Zeit ist das Konto gegenüber allen Gläubigern freigegeben.
6. ich nur ein einziges Pfändungsschutzkonto führen darf. Selbstverständlich darf mein Ehegatte auch ein Pfändungsschutzkonto führen.
7. der Antrag und die erforderlichen Nachweise für die Bescheinigung erfasst, verarbeitet und gespeichert werden. Die Information, dass ich ein P-Konto führe wird im Falle des aktuellen ALGII-Leistungsbezuges von mir an die Leistungsabteilung weitergegeben.
8. Ich versichere, dass ich alle Angaben wahrheitsgemäß, vollständig und nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe. Sollten sich im Nachhinein andere (mich besserstellende) Verhältnisse herausstellen, so vereinbare ich hier bereits einen Haftungsausschluss gegenüber der bescheinigenden Stelle. Ich wurde ausdrücklich befragt. Mir ist bekannt, dass bei vorsätzlichen falschen Angaben meinerseits unter Umständen strafrechtliche Konsequenzen drohen sowie eventuell ein Verlust des Pfändungsschutzes.

Limburg _____

Datum, Unterschrift

Einwilligungserklärung nach Art. 7 DSGVO zur Datenerhebung, -speicherung, -nutzung und -verarbeitung

Hiermit willige ich, _____, (vollständiger Name)

geboren am _____ ein, dass meine Daten bei

der Schuldner- und Insolvenzberatung der Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung gGmbH, anerkannte Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle nach §305 Abs. 1 Nr. 1 InsO zu meiner persönlichen und familiären Situation, zu meinem Haushalt, zur Einkommens-, Vermögens- und Schuldsituation sowie zum Stand der Beratung erhoben, gespeichert, genutzt und verarbeitet werden.

Die Einwilligung beschränkt sich auf die Daten, die erforderlich sind zur Durchführung der Beratung in sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten, die im Zusammenhang mit meiner Verschuldung stehen, insbesondere zur Durchführung von Schuldenbereinigungen, außergerichtlichen Vergleichen sowie dem Verbraucherinsolvenzverfahren (gemäß Art. 6 DSGVO).

Ich willige zudem in die Archivierung dieser Daten ein, solange dies zum Zweck der Durchführung der Beratung, der Begleitung im weiteren Verfahren und der statistischen Auswertung erforderlich ist. Ich wurde darauf hingewiesen, dass die Schuldner- und Insolvenzberatung der Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung gGmbH, die Akten über meinen Beratungsfall nach Abschluss oder Abbruch 5 Jahre und nach Einleitung des Insolvenzverfahrens 10 Jahre aufbewahren wird.

Ich habe in Absprache mit der Schuldner- und Insolvenzberatung der Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung gGmbH, bzw. der zuständigen Beratungsfachkraft die Möglichkeit Einblick in meine personenbezogenen Daten innerhalb der Räume der Beratungsstelle zu nehmen. Bei Fehlerhaftigkeit erfolgt eine Korrektur.

Ich erkläre, dass meine Einwilligung freiwillig und ohne Zwang erfolgt.

Diese Einverständniserklärung kann ich gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO jederzeit mit Wirkung für die Zukunft gegenüber der Beratungsstelle schriftlich widerrufen.

Die Schuldner- und Insolvenzberatung der Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung gGmbH gewährleistet jederzeit die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz gemäß der Datenschutz-Grundverordnung.

Ort, Datum: _____

Unterschrift: _____

Einwilligungserklärung zum Austausch per E-Mail

Beratungsstelle: Schuldner- und Insolvenzberatung der Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung gGmbH

Zuständige Beratungsfachkraft: Je nach Stufe der Beratung wechselnd, aber klar definiert.

Ich, _____, (vollständiger Name)

willige darin ein, dass der Kontakt, der Informationsaustausch (Fragen, Antworten, Terminvereinbarungen, Sachstand etc.), Unterlagen als Mailanhang meinerseits und von Seiten der mit meiner Beratungsfachkraft bzw. deren Vertretung über meine E-Mail-Adresse

ausgetauscht werden dürfen.

Ich habe dafür Sorge zu tragen, dass der Beratungsstelle bzw. meiner zuständigen Beratungsfachkraft jederzeit meine aktuelle E-Mail-Adresse zur Verfügung steht. Mir ist bewusst, dass es sich um keine gesicherte Verbindung und somit Datenübertragung handelt. Diese Einwilligung kann ich jederzeit ohne Angaben von Gründen schriftlich widerrufen.

Ort, Datum: _____

Unterschrift: _____